

 **Bundesministerium**
Inneres

Karl Nehammer, MSc
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.423.584

Wien, am 26. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 27. Mai 2021 unter der Nr. **6835/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Offener Brief gegen Diskriminierung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 8:

- *Wie lautet Ihre Antwort als Bundeskanzler auf den Offenen Brief gegen Diskriminierung vom 17. Mai 2021, der von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen an Sie gerichtet wurde?*
- *Welche Stelle innerhalb des Bundeskanzleramtes ist mit der Prüfung der aufgeworfenen Forderungen betraut?*
- *Gab es seitens des Bundeskanzleramtes Gespräche mit anderen Ministerien bezüglich der aufgeworfenen Forderungen aus dem Offenen Brief gegen Diskriminierung?*
 - a. *Wenn ja, wann und von welcher Stelle wurden diese geführt?*
 - b. *Wenn ja, was waren die konkreten Ergebnisse?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
- *Sind seitens des Bundeskanzleramtes weitere Schritte zur Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Forderungen aus dem Offenen Brief gegen Diskriminierung geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*

- b. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
- *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Anerkennung darf nicht zu finanziellen Belastungen und in weiterer Folge zu Schulden führen – kostenfreie Neuausstellung von Dokumenten und Abschaffung der Gebühren für Personenstands- und Vornamensänderungen“?*
 - a. Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 5 bis 7:

- *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Freie Personenstandswahl ohne bürokratische Hürden“?*
 - a. Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
- *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Zugang für transidente und nichtbinäre Personen zu den Einträgen ‚inter‘, ‚divers‘, ‚offen‘ und ‚kein Eintrag‘“?*
 - a. Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
- *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Schluss mit der Pathologisierung intergeschlechtlicher und trans Personen - Ende der Gutachtenpflicht“?*
 - a. Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Darüber hinaus darf auf die in allgemeiner Begutachtung befindlichen und unter www.bmi.gv.at/begutachtungen/ abrufbaren Entwürfe von Novellen des Meldegesetzes 1991 und der Meldegesetz-Durchführungsverordnung verwiesen werden.

Karl Nehammer, MSc

